

Deutsche Investoren fassen Fuss im Limmattalspital: Filz oder doch Zufall?

Private-Equity-Investoren aus Deutschland sind hierzulande auf Einkaufstour in der Gesundheitsbranche. Das Limmattalspital, unser «Limmi», gerät in ausländischen Einflussbereich.



Die urologische Abteilung des Spitals Limmattal wird per 1. Oktober 2021 von der **deutschen Investorengruppe ECM** übernommen.

Text: Dr. Claudio Lorenzet, Bild: zVg

Leute, die keinen Bezug zum Limmattal haben, werden (Teil-) Besitzer eines von der öffentlichen Hand (Verbandsgemeinden) finanzierten Spitals. Wie bereits im letzten Editorial der «Limmattaler Gewerbezeitung» ange-tönt, wird die urologische Abteilung des Spitals Limmattal per 1.10.2021 via Uroviva von der **deutschen Investorengruppe ECM** übernommen, einer Private Equity Gesellschaft, welche die Interessen ihrer Investoren, u.a. Partners Group, vertreten muss. Eine Private-Equity-Beteiligung durch Investoren hat meistens nur kurz- oder mittelfristige Ziele. **Langfristig** werden derartige Beteiligungen meistens mit Gewinn nach einigen wenigen Jahren (5-7 Jahre) wieder veräussert.

Der Handelsregistereintrag von Uroviva lautet wie folgt:

«Die Gesellschaft bezweckt den **Erwerb**, das **Halten**, die **Verwaltung**, die **Verwertung** und die **Veräusserung von Beteiligungen** an Unternehmen im In- und Aus-

land, ob direkt oder indirekt, **insbesondere an Unternehmen, die (i) im Bereich der ambulanten ärztlichen Leistungserbringung in eigenem Namen (als Institut) oder für Dritte tätig sind, in verschiedenen medizinischen Fachrichtungen für Spitäler und/oder Patienten an einem oder mehreren Standorten, (ii) Netzwerke mit Angehörigen weiterer Medizinalberufe eingehen, (iii) andere medizinischen Dienstleistungen erbringen oder mit medizinischen Geräten, Produkten und Dienstleistungen aller Art handeln oder diese vertreiben oder (iv) ein Krankenhaus, ein Spital, eine Klinik oder ein Ambulatorium betreiben.**»

Der Verwaltungsrat des Spitals Limmattal unter der Leitung des Stadtpräsidenten von Schlieren, Markus Bärtschiger, war jederzeit über die Aktivitäten bezüglich der Kooperation mit Uroviva informiert. Die Kooperation wurde an der VR-Sitzung vom 31. März 2021 beschlossen. Die Delegierten der Verbandsgemeinden werden an der Versammlung vom 28. April 2021 detailliert informiert und vor Tatsachen gestellt. Kooperationen in dieser

Form unterstehen gemäss dem CEO des Spitals Limmattal, Thomas Brack, weder dem Submissionsrecht, noch benötigen sie eine Volksabstimmung. Diesbezügliche Kompetenzen wurden angeblich abgeklärt.

Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass sich der Limmattalspital-CEO Thomas Brack und der Uroviva-Gruppen-CEO Jan Sobhani seit Jahren privat bestens kennen und sich im «Club Seigneurs 79» regelmässig bei Kochanlässen treffen (www.cs79.ch). Zufall? Filz? Wie auch immer – da ist ein Beigeschmack. Der Wettbewerb wurde möglicherweise ausgeschlossen. Weshalb? Hätte es bessere «Investoren» gegeben? Fliesst für die «Zusammenarbeit» Geld oder wird das Ganze «verschenkt»? Es gibt viele offene Fragen. Der Deal zeugt von einer schlechten Kommunikation und fehlender Transparenz. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht auf Antworten. Erstaunlich dabei ist die unkritische Haltung der Lokalpresse, welche Medienmitteilungen – siehe Limmattaler Zeitung vom 8.4.2021 – allem Anschein nach nicht hinterfragt. Die Limmattaler Gewerbezeitung will Antworten auf viele offene Fragen.

Zudem – welcher **Mehrwert** hat das Spital Limmattal mit diesem «Ausbau» der Urologie? Das Spital Limmattal hat bereits eine bestens funktionierende urologische Abteilung mit ausgezeichneten, motivierten und kompetenten Ärzten. Durch die mögliche Übernahme durch die Uroviva-Gruppe wurde diesen Angestellten das Messer an die Kehle gesetzt – Weiterbeschäftigung bei Uroviva oder Kündigung. Geht man mit langjährigen guten Mitarbeitenden so um? Eine Schande, welche von mangelnder Sozialkompetenz zeugt. Die urologische Abteilung am Spital Limmattal hat eine lange, erfolgreiche Tradition (Pupato, Knönagel) und funktionierte immer bestens. Nur weil im Leistungskatalog eventuelle Nierenoperationen nicht möglich sein sollen, berechtigt dies nicht zum (Teil-) «Ausverkauf» eines öffentlichen Spitals. Diese Tendenzen müssen äusserst kritisch hinterfragt werden. Soll unser «Limmi» in fremde Hände kommen? Sollen Patienten- und Prämien-gelder ins Ausland abfliessen?

Weiterlesen auf Seite 2

Fortsetzung: Exklusiv

Wehret den Anfängen!

Die Grundinteressen der Vertragspartner (Uroviva und Limmattalspital) sind zu wenig deckungsgleich. Der **Rentabilitätsdruck**, unter dem Uroviva steht, ist **ungesund hoch** und wird in absehbarer Zeit zu Interessenskonflikten mit dem Limmattalspital resp. seinen Leistungsempfängern führen. Das «Zusammenspannen» mit Uroviva ist für das Limmattalspital schlecht, insbesondere sind die Risiken sehr einseitig verteilt. Während die Uroviva per sofort das erhält, was sie will und im Verlauf weitgehend **selber steuern** kann, wie es mit der Urologie im Limmattalspital weitergeht, geht das Limmattalspital erhebliche Risiken ein und zahlt einen hohen Preis. So ist es bestenfalls unsicher, ob das, was dem Limmattalspital als Mehrwert aus der Zusammenarbeit versprochen wurde, jemals eintreten, geschweige denn sich längerfristig halten wird.

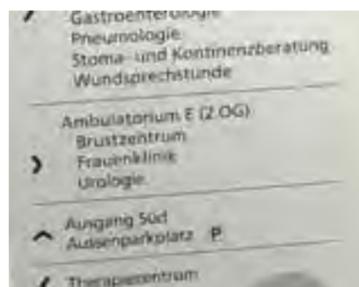
Grundsätzlich besteht die Absicht, dass Uroviva am Standort Spital Limmattal eine voll ins Spital integrierte ambulante Praxis betreibt. Die eigene **ambulante** urologische Praxis würde

dabei an Uroviva übergehen. Die aus der ambulanten Tätigkeit entstehenden **stationären** Patienten werden durch am Spital Limmattal akkreditierte «Uroviva-Ärzte» operiert. Aber: **Uroviva ist nicht billiger, sondern arbeitet maximal profitorientiert.** Das Limmattalspital profitiert somit nur bei Zunahme der stationären Patienten.

Wer übernimmt die Verantwortung, wenn diese Zusammenarbeit «in die Hosen» geht? Thomas Brack ist dann längstens in Pension und kann nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Ist dies erst der Anfang eines Teilausverkaufs des Limmattalspitals? Welche Abteilung wird wohl in naher Zukunft auch ausgelagert? Schon heute wird gemunkelt, dass die Radiologie diesen Schritt auch gehen wird. Bereits vor 10 Jahren hatte der damalige CEO Leo Boos ähnliche Bestrebungen. Eine direkte Konsequenz war der Abgang des damaligen Chefarztes der Chirurgie, der mit diesen Zielsetzungen nicht einverstanden war, und nun erfolgreich in der Klinik Hirslanden Zürich tätig ist. Ähnliche Vorkommnisse betrafen die onkologische und die orthopädische Abteilung, wo eben-

falls die damaligen leitenden Ärzte in die Privatpraxis wechselten. Von der öffentlichen Hand getragene und finanzierte Krankenhäuser bedienen sich privaten Geldes. Umso erstaunlicher ist es, dass der Schlieremer Stadtpräsident Bärtschiger in seiner Funktion als Verwaltungsratspräsident des Spitalverbandes diese Bestrebungen unterstützt: Der CEO «verkauft» tranchenweise Abteilungen seines Arbeitgebers. Unvorstellbar. Viel Unruhe in einem bestens funktionierenden Spital. Ist eine solche Spitalleitung noch tragbar?

Dr. Claudio Lorenzet



Welche Abteilung folgt auf die Urologie?

Editorial

Missratenes CO₂-Gesetz: Teuer, nutzlos, ungerecht und wirtschaftlich schädlich



Gregor Biffiger

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks Dietikon

Am 13. Juni stimmt das Schweizer Volk über das neue CO₂-Gesetz ab. Aus Gewerbesicht kommt nur ein Nein zu diesem missratenen Gesetz in Frage: Mobilität und Energie sollen drastisch verteuert werden, was für Corona-gebeutelte Unternehmen grosse Mehrkosten zur Folge hätte. Profitieren würden lediglich einige wenige subventionsabhängige Branchen.

Gegen das vom Parlament beschlossene neue CO₂-Gesetz hat ein branchenmässig breit aufgestelltes Wirtschaftskomitee in drei Monaten – trotz massiven Corona-Sammeleinschränkungen – über 115 000 Unterschriften gesammelt; ein eindrücklicher Beweis, dass in der Bevölkerung eine grosse Skepsis gegenüber der als bevormundend wahrgenommenen schweizerischen Klimapolitik herrscht.

Staatseingriffe ohne Ende

Das neue CO₂-Gesetz strotzt nur so vor neuen Steuern, Verboten und Umverteilungsmechanismen und würde damit zu enormen Mehrkosten und Einschränkungen für Bevölkerung und Wirtschaft führen:

- Mit dem CO₂-Gesetz sollen die Preise für Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter steigen, was die Mobilität erheblich verteuern würde.
- Öl- und Gasheizungen sollen faktisch verboten werden; stattdessen werden künftig erneuerbare Heizungen wie z.B. Wärmepumpen obligatorisch, egal ob dies technisch oder ökologisch sinnvoll ist.
- Die CO₂-Abgabe auf Gas und Heizöl soll verdoppelt werden – besonders problematisch für energieintensive Branchen, das produzierende Gewerbe, aber auch für Hotels und Gastrobetriebe.
- Auf Flugtickets soll neu eine Steuer von bis zu 120 Franken erhoben werden. Dies wäre ein weiterer Sargnagel für die darbenende schweizerische Flugindustrie und würde darüber hinaus den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig schwächen, denn unsere hervorragende Anbindung an die Welt ist unabdingbar.

All diese grossen Belastungen für Konsumenten und KMU wären halbwegs akzeptabel, wenn sie wenigstens einen spürbaren Effekt auf den Klimawandel hätten. Dies ist aber nicht der Fall, denn die Schweiz trägt gerade einmal 0,1 Prozent (!) zum weltweiten CO₂-Ausstoss bei, während die grössten CO₂-Emittenten bzw. -Sünder wie China oder die USA ihren Ausstoss kaum spürbar verringern werden. Vor diesem Hintergrund ist ein teurer Klimaalleingang der kleinen Schweiz unsinnig und wirtschaftlich fatal. Ausserdem ist die Schweiz klimapolitisch heute schon vorbildlich unterwegs. Ein Fakt, das von grünen Lobbyisten und voreingenommenen Medien stets geleugnet wird: So hat die Schweizer Bevölkerung ihren Pro-Kopf-CO₂-Ausstoss in den vergangenen 10 Jahren um knapp 24 Prozent reduziert, es werden heute keine neuen Gebäude mit fossilen Heizungen mehr gebaut, der Marktanteil der Elektromobilität steigt kontinuierlich, und Schweizer Hauseigentümer investieren jedes Jahr mehrere Milliarden Franken in die energetische Sanierung ihrer Gebäude. Ein CO₂-Gesetz voller Verbote, Vorschriften und neuer Steuern ist schlicht nicht nötig.

Wettbewerbsverzerrend und ungerecht

Die Befürworter des CO₂-Gesetzes behaupten, dieses würde die Wirtschaft fördern und neue Aufträge und Stellen generieren. Das Gegenteil ist der Fall: Von diesem wettbewerbsverzerrenden Gesetz würden nur einige wenige Branchen profitieren, während der Grossteil der KMU unter den höheren Heiz- und Mobilitätskosten zu leiden hätte. Das Schweizer Gewerbe wird bereits heute durch zahlreiche bürokratische Hürden und administrative Leerläufe massiv belastet. Dazu kommt die Coronapandemie, die viele KMU an den Rand des Ruins treibt. Es wäre in der jetzigen Situation verheerend, die Unternehmen noch stärker mit Mehrkosten und zusätzlicher Bürokratie zu belasten. Sagen drum auch Sie am 13. Juni NEIN zu diesem missratenen Gesetz!

Ihr GEWERBEVERBAND LIMMATTAL
Gregor Biffiger, Präsident



Gewerbeverband Limmattal
Postfach, 8952 Schlieren
info@gvli.ch, www.gvli.ch

Gregor Biffiger, Präsident
gregor@biffiger.com
Tel. 056 633 46 00

Impressum

Limmattaler Gewerbezeitung

Offizielles Publikationsorgan von:
Gewerbeverband Limmattal
Gewerbeverein Birmensdorf und Aesch
Gewerbeverein Dietikon
Gewerbeverein Engstringen
Gewerbeverein Geroldswil-Oetwil
Gewerbeverein Schlieren
Gewerbeverein Uitikon-Waldegg
Gewerbeverein Urdorf
Gewerbeverein Weiningen

Herausgeberin/Inserate
Eugen Wiederkehr AG, Steinradstrasse 8,
8704 Herrliberg, Tel. 044 430 08 08
www.gewerbezeitungen.ch

facebook.com/gewerbezeitungen

Verleger
Eugen Wiederkehr

Verantwortlicher Redaktor
Mohan Mani
redaktion@limmattaler-gewerbezeitung.ch

Redaktion
Gregor Biffiger, Erica Brühlmann-Jecklin,
Alfons G. Florian, Tis Hagmann, Thomas
Landis, Dr. med. Claudio Lorenzet, Mohan
Mani, Dirk Mörz, Christian Murer, Dr. Jürg
Stüssi-Lauterburg, Ines Tanner

Redaktionsadresse
Eugen Wiederkehr AG, Steinradstrasse 8,
8704 Herrliberg, Tel. 044 430 08 08

Korrektorat
Mohan Mani

**Realisation/Produktion/Grafik/
Druckvorstufe**
artpainting, S. Bucher-Steinemann
info@artpainting.ch

Auflage 48 000 Exemplare

Druck/Papier
gedruckt in der
schweiz

Verteilung
Die Gewerbezeitung wird durch die Schweizerische Post AG und Direct Mail Company AG in alle Haushaltungen und Postfächer von Aesch, Birmensdorf, Dietikon, Geroldswil, Oberengstringen, Oetwil an der Limmat, Schlieren, Uitikon, Unterengstringen, Urdorf und Weiningen gratis verteilt – auch in jene mit einem «Stopp Werbung»-Kleber. In Briefkästen mit einem Kleber «Bitte keine Gratiszeitungen» wird die Gewerbezeitung nicht zugestellt. Bei Nichterhalt der Zeitung wenden Sie sich bitte an:
info@gewerbezeitungen.ch

Abbestellen der Gewerbezeitung
per Email unter: info@gewerbezeitungen.ch

NISSAN INTELLIGENT MOBILITY

Die NISSAN Nutzfahrzeuge.
Steuern Ihr Unternehmen Richtung Zukunft.

Jetzt bei uns Probe fahren!

5 JAHRE GARANTIE 160 000 KM
*5 Jahre/160 000 km auf alle NISSAN Nutzfahrzeug-Modelle inkl. NISSAN EVALIA, mit Ausnahme des NISSAN e-NV200: 5 Jahre/100 000 km, zusammengesetzt aus 3 Jahre Garantie + 2 Jahre kostenfreie NISSAN 5★ Anschlussgarantie/100 000 km. Es gilt das zuerst Erreichte. Die Anschlussgarantie wird von einem Versicherungspartner von NISSAN erbracht. Einzelheiten unter www.nissan.ch

2019 NISSAN GLOBAL AWARD

Garage Egger AG
Zürcherstrasse 232 • 8953 Dietikon
Tel.: 044 745 17 17 • www.egger-dietikon.ch

HAUPT+STUDER
ELEKTRO
TELEMATIK

Ihr Partner im Limmattal
www.haupt-studer.ch Telefon 044 755 66 77

MEINE KMU BANK

Als lokal verankerte Bank sind wir nahe beim Kunden, sprechen seine Sprache.

Raiffeisenbank an der Limmat
www.meinekmuibank.ch

RAIFFEISEN